



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 28/10/2016

Worauf zielt die russische Außenpolitik?

Und wie müßte der Westen reagieren?

von NORBERT F. TOFALL

- Die russische Außenpolitik ist der Versuch, ehemalige Sowjetrepubliken heim ins Russische Reich zu holen und den hegemonialen Einfluß auf ehemalige Staaten des Warschauer Paktes zurückzuerlangen.
- Die russische Führung versucht deshalb, die politische Durchsetzung westlicher Beistandsverpflichtungen für ost- und mitteleuropäische Staaten zu unterminieren.
- Es ist an der Zeit, daß der Westen zur Friedenssicherung neue Konzepte „erweiterter Abschreckung“ in Zeiten hybrider Kriegführung entwickelt und durchsetzt.

I.

„Das heutige Russland hat zwar nicht die Fähigkeit zu raumgreifenden Offensiven in den westlichen Teilen Europas, wohl aber dazu, in den baltischen Staaten und auch in Teilen Polens schnelle territoriale Gewinne zu erzielen. Die baltischen Staaten lassen sich mit den derzeitigen Kräften nicht verteidigen; sie wären – wie es „war games“ auf amerikanischer Seite nahelegen – in wenigen Tagen überrannt.“¹

Dieses Urteil aus einer aktuellen Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik gewinnt angesichts der russischen Annektierung der Krim, Rußlands verdecktem Krieg im Osten der Ukraine, der russischen Intervention in Syrien auf Seiten des Diktators Assad, russischen Cyberattacken im US-Wahlkampf, der russischen Unter-

stützung von rechten und linken systemkritischen politischen Bewegungen in Europa und Rußlands Verweis auf die eigenen nuklearen Vernichtungsmöglichkeiten eine besondere Relevanz. Ohne dieses faktische Verhalten Rußlands könnte man durchaus die Ansicht vertreten, daß ein Eroberungspotential erst dann zu einer tatsächlichen Gefahr für den Frieden wird, wenn auch ein Eroberungswille vorhanden ist. Angesichts des faktischen Verhaltens der politischen Führung Rußlands ist diese Sichtweise leider unrealistisch.

Spätestens seit dem 17. Oktober 2011 betrachtet Wladimir Putin die postsowjetischen Staaten als weggebrochene Teile eines einzigen Staates: „Die Sowjetunion ist zusammengebrochen. Doch woraus bestand die Sowjetunion? Aus Rssland. Sie hieß nur anders.“² Und bereits 1994

¹ PETER RUDOLF: *Amerikanische Russland-Politik und europäische Sicherheitsordnung*, SWP-Studie, Berlin, September 2016, S. 20 – 21.

² So Putin in einem Interview mit drei großen russischen TV-Sendern, zitiert nach WLADISLAW INOSEM-ZEW und EKATERINA KUSNEZOWA: „Putins unnützes



erklärte der damals noch weithin unbekanntes Putin bei den 101. Bergedorfer Gesprächen der Körber Stiftung in St. Petersburg, „daß Rußland im Interesse der allgemeinen Sicherheit und des Friedens in Europa freiwillig riesige Territorien an die ehemaligen Republiken der Sowjetunion abgegeben hat; darunter auch solche Territorien, die historisch immer zu Rußland gehört haben. Ich denke dabei nicht nur an die Krim oder an Nordkasachstan, sondern beispielsweise auch an das Kaliningrader Gebiet. Die Folge ist, daß jetzt plötzlich 25 Millionen Russen im Ausland leben, und Rußland kann es sich einfach nicht leisten – allein schon im Interesse der Sicherheit in Europa;-, daß diese Menschen willkürlich ihrem Schicksal überlassen bleiben“ (Rechtschreibung und Zeichensetzung im Original).³

Putin äußerte dies im Zusammenhang mit Fragen von doppelten Staatsbürgerschaften und Minderheitenschutz. Wie der Schutz von Minderheiten mit russischer Abstammung im Ausland dann in der Praxis abläuft, wurde vor dem Einmarsch Rußlands in Georgien (2008) und der Annektierung Südossetiens durch Rußland mit der Ausgabe von russischen Pässen an die Bewohner Südossetiens vorexerziert.

Spielzeug. Moskaus Eurasische Union ist Ausdruck geopolitischen Wunschdenkens“, in: *Internationale Politik*, 1, Januar/Februar 2012, S. 78 – 87, hier S. 80.

³ Protokoll des 101. Bergedorfer Gesprächskreises der Körber-Stiftung, S. 38, als PDF online abrufbar unter:

<http://www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/bergedorfer-gespraechskreis/protokolle/protokoll-detail/BG/russland-und-der-westenbrinternationale-sicherheit-und-reformpolitik.html>

Diese Vorgehensweise ist jedoch nur ein Strategieelement in den heutigen „neuen Kriegen“⁴. Unter „neuen Kriegen“ werden Kriege ohne formale Kriegserklärung und ohne immer klare Fronten verstanden. Oftmals handelt es sich um maskierte Stellvertreterkriege. In diesen „neuen Kriegen“ werden über Wochen Auseinandersetzungen gleichzeitig geschürt und verleugnet.⁵

Die Fachzeitschrift „Vzlgjad“ zitierte Anfang 2013 aus einer Rede des russischen Generalstabschefs Walerij Gerassimow, die er auf einer Tagung der russischen Militärakademie im Januar 2013 gehalten hatte,⁶ daß durch politischen und wirtschaftlichen Druck, massive Propaganda, das Aufstacheln von Protesten der einheimischen Bevölkerung, durch verdeckte Militärmittel und Spezialeinheiten heute selbst ein „blühender Staat im Verlauf von Monaten in einen erbitterten Konflikt verwandelt werden und in Chaos, humanitäre Katastrophe und Bürgerkrieg versinken“ könne.⁷ In Rußland wird das

⁴ Allgemein zu „neuen Kriegen“ siehe HERFRIED MÜNKLER: *Die neuen Kriege*, Reinbeck (Rowohlt) 2002.

⁵ Vgl. MICHAEL ROICK: *Lebt Putin in einer „anderen Welt“? Ein Versuch, die russische Außenpolitik zu verstehen*, Potsdam (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) 2014, S. 8, Online-Skript unter:

<http://de.scribd.com/doc/242960353/Lebt-Putin-in-einer-anderen-Welt-Ein-Versuch-die-russische-Au%C3%9Fen-Politik-zu-verstehen-Michael-Roick-epub>

⁶ Für diesen Hinweis danke ich Herrn Dr. Christian Wipperfürth von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Fälschlicherweise wurde in westlichen Medien berichtet und seitdem immer wieder zitiert, daß Walerij Gerassimow einen Aufsatz im Fachblatt „Militärisch-Industrieller Kurier“ geschrieben hätte.

⁷ Ebd., S. 8; Roick zitiert hier den Artikel „Die Welt in Scherben“ aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 19. Juli 2014. Auf diese und weitere Zitate beruft sich auch THOMAS GUTSCHKER: „Putins Schlachtplan“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 7. September 2014.



„nichtlineare Kriegsführung“ genannt, in der Nato „hybride Kriegsführung“.⁸ Darüber hinaus hat Putin am 4. Oktober 2011 seinen Plan zur Gründung einer Eurasischen Union verkündet, mit der eine mächtige supranationale Gemeinschaft als einer der Pole der heutigen Welt erschaffen werden soll.⁹ Doch ohne die Ukraine bleibt Putins Eurasische Union ein Papiertiger.

Während viele westliche Staatsmänner dies bis zum Frühjahr 2014 ignorierten, warnte Otto von Habsburg (1912 - 2011) in den letzten zehn Jahren seines Lebens ständig vor Putins Politik: „In der Zeit von Stalin bis Putin hat sich der russische Imperialismus immer wieder das Ziel gesetzt, die Ukraine erneut zu erobern, Russland einzuverleiben und als Ausgangspunkt für weitere große Operationen gegenüber Polen, beziehungsweise den anderen Teilen Europas, zu nutzen.“¹⁰

Die heutige russische Außenpolitik ist deshalb nicht die Reaktion einer Einkreisung von Rußland durch feindliche Mächte,¹¹ sondern der

praktische Versuch der russischen Führung, ehemalige Sowjetrepubliken heim ins Russische Reich zu holen und den hegemonialen Einfluß auf ehemalige Staaten des Warschauer Paktes zurückzuerlangen.

II.

Dieser Versuch kann mittel- und langfristig nur gelingen, wenn Rußland verhindert, daß die heute souveränen mittel- und osteuropäischen Staaten in einem glaubwürdigen militärischen Konzept der „erweiterten Abschreckung“ des Westens eingebunden bleiben oder zukünftig eingebunden werden. Nicht nur das Baltikum kann sich selbst nicht wirksam verteidigen und ist auf „erweiterte Abschreckung“ angewiesen, die sich aus dem glaubwürdigen militärischen Beistand der westlichen NATO-Bündnispartner ergibt. Deshalb nutzt die russische Führung jede Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit der „erweiterten Abschreckung“ zu unterminieren.

Das russische Regime unter Putin unterstützt in den USA direkt und indirekt Donald Trump. Dieser hat die Beistandsbereitschaft der USA für NATO-Partnerländer öffentlich in Frage gestellt, was einer Infragestellung der „erweiterten Abschreckung“ gleichkommt. Darüber hinaus unterstützt das russische Regime unter Putin überall in Europa sowohl rechte als auch linke systemkritische Populisten. Diese haben das Potential zur politischen und gesellschaftlichen Destabilisierung qua Polarisierung und wenden sich gegen Globalisierung und internationale Zusammenarbeit. Die politische Durchsetzung militärischer Konzepte „erweiterter Abschreckung“ wird so zusehends erschwert.

Die zukünftige Einbindung der Ukraine in ein Konzept der „erweiterten Abschreckung“ hat Putin durch die Annektierung der Krim und sei-

⁸ Vgl. THOMAS GUTSCHKER: „Putins Schlachtplan“ a. a. O.

⁹ Vgl. WLADISLAW INOSEMZEW und EKATERINA KUSNEZOWA: „Putins unnützes Spielzeug. Moskaus Eurasische Union ist Ausdruck geopolitischen Wunschenkens“, a. a. O., S. 82.

¹⁰ OTTO VON HABSBURG: *Unsere Welt ist klein geworden. Die Globalisierung der Politik*, Wien (Amalthea) 2006, S. 115. Siehe auch BIANKA PIETROWENNER und BENNO ENNER: „Ein Reich mit Mission“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Mai 2014, Nr. 109, Seite 6: „Das Vorgehen Moskaus in der Ukraine-Krise folgt Traditionen und Mustern imperialer Politik, die von russischen Herrschern von Iwan dem Schrecklichen bis zu Stalin vorgezeichnet wurden.“

¹¹ Die Einkreisungstheorie hat insbesondere Peter Scholl-Latour öffentlichkeitswirksam verbreitet, siehe: PETER SCHOLL-LATOURE: *Rußland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam*, Berlin (Ullstein) 2006.



nen verdeckten Krieg im Osten der Ukraine bereits verhindert. Putins Versöhnung mit Erdogan in den letzten Wochen zielt auf eine Spaltung der NATO. Und an einem Frieden in Syrien hat Putin genauso wenig Interesse wie an der Lösung des Ukraine Konflikts. Der Syrienkonflikt hat seit der militärischen Intervention Rußlands erhöhte Flüchtlingsströme hervorgebracht, welche Europa und die EU politisch enorm unter Druck setzen.

Europa ist aufgrund der Flüchtlingskrise, welche nur durch wirksame Kontrolle der Binnengrenzen in der EU oder der EU-Außengrenzen zu bewältigen sein wird, und aufgrund der unbewältigten Eurokrise in denkbar schlechter Verfassung. Der Euro hat sich als ökonomisch höchst ungeeignetes Mittel herausgestellt, das friedliche Zusammenwachsen der Völker Europas zu fördern. Nie war der Streit innerhalb der EU und insbesondere zwischen den Euroländern größer als in der immer noch nicht bewältigten Eurokrise. Und die Flüchtlingskrise hat nicht nur einen Keil zwischen den Visegrad-Staaten und anderen EU-Staaten getrieben. Der Austritt Großbritanniens aus der EU ist die weitreichendste Folge beider Krisen, welche sich zu einer europäischen Verfassungskrise gesteigert haben. Und in den USA dürfte die politische und gesellschaftliche Polarisierung unabhängig vom Ausgang der Präsidentenwahlen weiter wachsen.

Das Regime unter Putin wird diese Lage des Westens weiterhin für sich zu nutzen wissen, um über diese Kanäle Uneinigkeit zwischen und in den NATO-Staaten zu schüren. Denn die NATO und die USA stellen nach der neuen russischen Militärdoktrin vom 25. Dezember 2014 eine militärische Gefahr für Rußland dar: *erstens* durch mögliche Erweiterungen der NATO durch neue Mitglieder sowie durch Maßnahmen zur Rückversicherung der Verbündeten an der

Grenze zu Rußland und *zweitens* über den Aufbau eines Raketenabwehrsystems auf der nuklear-strategischen Ebene, über nichtnukleare strategische Waffen und über Fähigkeiten zum Cyberwarfare.¹²

Eine adäquate Reaktion des Westens setzt angesichts dieser feindlichen Gefahreinschätzung nicht nur die Auflösung der derzeitigen Polarisierungen in den westlichen Gesellschaften voraus. In den westlichen Gesellschaften – vornehmlich in den westeuropäischen – muß darüber hinaus wieder die Bereitschaft wachsen, die eigene freiheitliche Gesellschaftsordnung militärisch zu verteidigen. Ein glaubwürdiges und wirksames Konzept einer „erweiterten Abschreckung“ zur gesamteuropäischen und nordatlantischen Friedenssicherung beruht auf innerwestlichen Voraussetzungen, welche in den westlichen Gesellschaften seit längerem weitgehend selbst verleugnet werden.

Das Regime Putin hat hingegen schon länger erkannt, daß die „Diktatur des Relativismus“ sowohl die freiheitlichen Grundlagen des Westens als auch den Willen zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung unterminiert hat. Aus diesem Grund unterstützt das Regime Putin alle Bewegungen von rechts oder links, die ihre Kritik an Zuständen in den westlichen Gesellschaften zur Systemkritik steigern. Durch Systemfragen polarisierte Gesellschaften relativieren mehr und mehr die eigenen Wertgrundlagen von Recht und Freiheit, destabilisieren sich dadurch schrittweise und verlieren die Kraft, die eigene Gesellschaftsordnung und die ihrer Verbündeten zu verteidigen. Das Regime Putin hat erkannt, daß

¹² Siehe PETER RUDOLF: *Amerikanische Russland-Politik...* a.a.O., S. 12 sowie MARGARTE KLEIN: *Russlands neue Militärdoktrin. Nato, USA und „farbige Revolutionen“ im Fokus*, SWP-Aktuell 12, Februar 2015.



es fraglich ist, ob die westlichen Gesellschaften zur Zeit die Kraft und Fähigkeit besitzen, sich den anstehenden militärisch strategischen Fragen zu stellen.

III.

Große Teile der westeuropäischen Gesellschaften sind heute in einer Illusion gefangen, die sich als „Frieden schaffen ohne Waffen“ bezeichnen läßt. Diese Illusion wurde bei vielen Menschen durch den Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 gesteigert, obwohl der Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus und des Warschauer Paktes nicht zuletzt auf der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses beruhte und damit auf der Stationierung von nuklearen Waffen und einem Wettrüsten, welche die sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften endgültig zum Zusammenbruch führte.

Die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses hatte dazu geführt, daß der Sowjetunion und ihren Satelliten die Möglichkeit genommen wurde, den Druck zur Lösung ihrer eigenen sozio-ökonomischen Probleme durch territoriale Expansion bei für die sowjetische Führung vertretbaren Kosten zu vermindern. „Vertretbar“ meint in diesem Zusammenhang die Kosten, die aus einer konventionellen militärischen Auseinandersetzung folgen; „unvertretbar“ meint die Kosten einer nuklearen Auseinandersetzung, weil diese zur Selbstvernichtung führen würde.

Durch die Stationierung von mit atomaren Sprengköpfen bestückten sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen war Mitte der 1970er Jahre die „erweiterte Abschreckung“ der Nato und damit das strategische Sicherheitsgleichgewicht in Europa in Gefahr geraten. Es galt als unsicher, ob die USA einen Angriff des Warschauer Paktes mit atomaren Mittelstre-

ckenraketen auf Westeuropa durch atomare Interkontinentalraketen beantworten würden. Auf maßgebliche Initiative des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) beschloß die NATO am 12. Dezember 1979 in Brüssel die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa (Pershing II und Cruise Missile), um das strategische Sicherheitsgleichgewicht in Europa wiederherzustellen. Gleichzeitig wurden dem Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion Verhandlungen zur Abrüstung ihrer SS-20 Raketen angeboten, woraus sich der Name Doppelbeschluß ableitet. Sollten diese Verhandlungen scheitern, würde die NATO atomare Mittelstreckenraketen in Europa stationieren. Die Verhandlungen scheiterten. Die Pershing II und Cruise Missile wurden stationiert. Der militärisch-industrielle Komplex des real-existierenden Sozialismus geriet an seine Grenzen. Der Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus und des Warschauer Paktes konnte selbst durch Glasnost und Perestroika nicht aufgehalten werden.

Der Friede seit 1989/90 und davor beruhte also nicht auf Waffenlosigkeit. Der Friede wurde durch Waffen geschaffen und erhalten, weil sich der Westen traute, einem Eroberungspotential des „Ostens“ konsequent entgegenzutreten und strategische Sicherheitslücken zu schließen.

Und die heutigen strategischen Sicherheitslücken werden sicherlich nicht durch Wirtschaftssanktionen geschlossen werden. In der Ukraine-Krise haben die massiven Sanktionen gegen Rußland zwar zu enormen wirtschaftlichen Schäden sowohl in Rußland als auch in Europa und den USA geführt. Die Sanktionen haben aber bislang keine Veränderung der russischen Politik bewirkt. Rußland ist durch die Sanktionen nicht auf die Grundlage der Schlußakte von Helsinki zurückgekehrt, sondern richtet sich auf ein Jahrzehnt von Sanktionen ein. Ruß-



land hat seine Politik gegenüber der Ukraine nicht geändert. Das militärische Abenteuer eines verdeckten Krieges im Osten und Süden der Ukraine wurde trotz zeitweiligen Waffenstillstands nicht abgebrochen. Die Krim wurde nicht zurückgegeben. Rußland wird sich auch von möglichen Sanktionen wegen seiner Art der Kriegführung in Syrien nicht zu einer anderen Syrienpolitik bewegen lassen.¹³

Ein einseitiges „Frieden schaffen ohne Waffen“ führt leider nicht zum Frieden, sondern erhöht die Gefahr neuer Kriege. Wer „Frieden für unsere Zeit“ ernsthaft will, muß sich auf Konzepte militärischer Abschreckung und strategischer Sicherheitsgleichgewichte einlassen.

IV.

„Das heutige Russland hat zwar nicht die Fähigkeit zu raumgreifenden Offensiven in den westlichen Teilen Europas, wohl aber dazu, in den baltischen Staaten und auch in Teilen Polens schnelle territoriale Gewinne zu erzielen. Die baltischen Staaten lassen sich mit den derzeitigen Kräften nicht verteidigen; sie wären – wie es „war games“ auf amerikanischer Seite nahelegen – in wenigen Tagen überrannt.“¹⁴

In Anbetracht dieses militärischen Eroberungspotentials Rußlands und der daraus folgenden strategischen Sicherheitslücke kann das frie-

densichernde Ziel der NATO und der USA nur darin bestehen, Rußland von vornherein von „raumgreifenden Offensiven“ und der Realisierung von „schnellen territorialen Gewinnen“ im Osten Polens und im Baltikum abzuschrecken. Die NATO und die USA sehen sich in dieser Lage vor die Wahl zweier strategischer Optionen zur Abschreckung gestellt. *Erstens* könnten konventionelle multinationale NATO-Truppen und Waffen im erheblichen Umfang im Baltikum und in Polen dauerhaft stationiert werden, die weit über die im Juli 2016 auf dem Warschauer NATO-Gipfel beschlossenen multinationalen Bataillone auf Rotationsbasis hinausgehen. *Zweitens* könnten die NATO und die USA mit nuklearer Vergeltung im Falle eines konventionellen Angriffs auf das Baltikum und Polen drohen oder den konventionellen militärischen Konflikt geographisch ausweiten,¹⁵ was die Drohung mit einem flächendeckenden Krieg in Mittel- und Osteuropa bedeuten würde.

Die erste Option wäre nicht nur eine Verletzung der NATO-Russland-Grundakte von 1997. Die Stationierung konventioneller multinationaler NATO-Truppen im Baltikum und in Polen, welche weit über den Umfang der bereits beschlossenen multinationalen Bataillone auf Rotationsbasis hinausgehen, führt zur realen Bedrohung von Sankt Petersburg und Königsberg und dürfte deshalb die Kriegsgefahr erhöhen. Ziel ist jedoch die Friedenssicherung.

Die zweite Option ist in den westlichen Gesellschaften nur sehr schwer oder gar nicht durchsetzbar. Zudem führt sie zu einer ähnlichen strategischen Sicherheitslücke wie in den 1970er Jahren. Ist es sicher, daß die anderen NATO-Länder auf einen konventionellen Angriff Rußlands auf das Baltikum und Polen mit nuklearer

¹³ Siehe auch NORBERT F. TOFALL: *Ziele und Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen. Eine Betrachtung hinsichtlich des Russland-Ukraine-Konflikts*, Flossbach von Storch Research Institute, Makroanalyse 2/2015; online abrufbar unter:

http://www.fvs-ri.com/analysen/analysen-details.html#analysis_13

¹⁴ PETER RUDOLF: *Amerikanische Russland-Politik und europäische Sicherheitsordnung*, SWP-Studie, Berlin, September 2016, S. 20 – 21.

¹⁵ Vgl. PETER RUDOLF: *Amerikanische Russland-Politik und europäische Sicherheitsordnung...* a.a.O., S. 21 f.



Vergeltung oder einem flächendeckenden konventionellen Krieg in Mittel- und Osteuropa antworten werden?¹⁶ Nein! Aber wie könnte diese Sicherheitslücke – zumindest theoretisch – schnell geschlossen werden? Und diese Lücke muß aus Gründen der Friedenssicherung schnell geschlossen werden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, durch welche Form der Abschreckung Rußland von „hybrider Kriegführung“ in den baltischen Staaten abgehalten werden könnte. Zur Zeit besteht durchaus die Gefahr, daß sich Putin ermutigt fühlt, die fünfundzwanzigprozentige russische Minderheit in Estland, die neunundzwanzigprozentige russische Minderheit in Lettland oder die russische Minderheit in Litauen zur Destabilisierung des Baltikums zu instrumentalisieren.

Da sich Rußland durch die massive dauerhafte Stationierung konventioneller NATO-Truppen zurecht bedroht sehen könnte und die nukleare Vergeltungsdrohung von Seiten westlicher NATO-Länder unsicher und damit wenig glaubwürdig ist, könnten ähnlich wie in den 1970er Jahren auf dem Territorium der bedrohten Staaten Nuklearwaffen stationiert werden, um so die aufgebrochene strategische Sicherheitslücke zu schließen. Eine derartige Stationierung würde die Kündigung der NATO-Rußland-Grundakte von 1997 voraussetzen, hätte jedoch den Vorteil für Rußland, daß keine erobertsfähigen konventionellen Truppenverbände russisches Territorium bedrohen würden. Mit Atomwaffen läßt sich kein Land erobern. Mit Atomwaffen läßt sich „nur“ von Angriffen auf das eigene Territorium abschrecken.

¹⁶ Die Frage, ob die NATO-Staaten aufgrund ihrer zusammengeschrumpften Militärverbände ausstattungsgemäß überhaupt in der Lage sind, glaubwürdig mit einem flächendeckenden Krieg in Mittel- und Osteuropa zu drohen, sollte zudem nicht vernachlässigt werden.

Inwiefern sich Rußland von Atomwaffen im Baltikum und in Polen von „hybrider Kriegführung“ abschrecken lassen wird, bleibt dabei offen. Das Risiko, daß im Verlauf „hybrider Kriegführung“ eine Eskalation hin zur nuklearen Kriegführung entstehen könnte, dürfte die russische Führung indes zu anderen Kosten-Risiko-Abwägungen bewegen. Rußland hätte sich sicherlich nicht getraut, 2014 die Krim zu annektieren, wenn die Ukraine noch Atomwaffen besessen hätte. Der Friede zwischen Rußland und der Ukraine hätte vermutlich gehalten. Heute scheint die Ukraine verloren zu sein.

Die in der Theorie naheliegende nukleare Abschreckungsoption zur schnellen und wirksamen Schließung aufgebrochener Sicherheitslücken dürfte in der Praxis jedoch auf mindestens zwei Widerstände stoßen. Zum einen ist die nukleare Abschreckungsoption aufgrund des bereits oben ausgeführten geringen Verteidigungswillens Westeuropas und der höchst polarisierten gesellschaftlichen Lage in den westlichen Gesellschaften nur schwer und vermutlich gar nicht politisch durchsetzbar. Zum anderen dürften die USA nicht bereit sein, Atomwaffen in die Hände des Baltikums und Polens zu legen und diese dem Kommando baltischer und polnischer Regierungen zu unterstellen. Wäre aber die US-Regierung bereit, Nuklearwaffen unter eigenem Kommando dort zu stationieren und glaubhaft zu machen, daß diese Waffen im Notfall auch eingesetzt würden? Die Syrien-Politik der Obama-Administration läßt daran zweifeln.

Die im Juli 2016 auf dem Warschauer NATO-Gipfel beschlossenen rotierenden multinationalen Bataillone konventioneller Streitkräfte für das Baltikum und Ost-Polen sind im Vergleich zur vorherigen Lage ein großer Fortschritt, auch wenn sie die aufgebrochene Sicherheitslücke nur sehr begrenzt schließen können. Auf jeden Fall sollte der Anteil US-



amerikanischer Soldaten in diesen multinationalen Bataillonen möglichst hoch sein, weil nur so die Wahrscheinlichkeit steigt, daß die USA im Falle eines Angriffs auf diese Bataillone umgehend Eskalationsstufen starten werden. „Hybride Kriegführung“ Rußlands im Baltikum können diese multinationalen Bataillone zwar nicht verhindern, aber sie können das damit für Rußland verbundene Risiko erhöhen.

Es ist an der Zeit, daß der Westen zur Friedenssicherung in Europa neue Konzepte „erweiterter

Abschreckung“ entwickelt und die aufgebrochenen Sicherheitslücken schließt. Da Rußland wiederholt auf seine atomare Vernichtungsfähigkeit hingewiesen hat, kann der Westen die nukleare Abschreckungsoption auf Dauer eigentlich nicht ignorieren. Einseitiges „Frieden schaffen ohne Waffen“ führt leider nicht zum Frieden, sondern erhöht die Gefahr neuer Kriege. Wir brauchen aber Frieden für unsere Zeit.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2016 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 25. Oktober 2016